Unterschiede in der deutschen Hinterbliebenenversorgung abhängig von der Erwerbsbeteiligung

Vera Hofer, Universität Graz

email: vera.hofer@uni-graz.at

Der Tod eines Ehepartners führt im Allgemeinen zu Einkommenseinbußen. Wie ein Sozialsystem diesem Einkommensverlust Rechnung trägt, entscheidet darüber, ob ein Hinterbliebener von Armut bedroht ist oder nicht. Der Einkommensverlust nach dem Tod eines Ehepartners trifft vor allem Hinterbliebene ohne eigenes Einkommen. Deren Versorgung wird durch die Hinterbliebenenrente sichergestellt, die die Unterhaltsleistungen des Verstorbenen ersetzt. Nach geltendem Recht erhalten allerdings auch Hinterbliebene mit eigenem Einkommen eine Hinterbliebenenrente. Dies wirft die Frage auf, in welchem Umfang eigenes Einkommen den Einkommensverlust, also ein Absinken des Netto-Haushaltseinkommens nach dem Tod des Ehepartners, abschwächen kann. Aus der Sicht sich ändernder Familienstrukturen und einer erhöhten Erwerbsquote von Frauen ist diese Frage von besonderem Interesse. Aufschluss liefert der Vergleich eines Alleinverdienerhaushalts und eines Doppelverdienerhaushalts. Durch die Annahme gleichen Netto-Haushaltseinkommens in beiden Haushaltstypen wird die Gleichheit der Versorgungssituation für beide Arten von Hinterbliebenen garantiert. Es stellt sich heraus, dass Hinterbliebene ohne eigenes Einkommen einen größeren Verlust hinnehmen müssen, ihnen also nach dem Tod des Alleinverdieners weniger zur Verfügung steht als Hinterbliebenen mit eigenem Einkommen.

Der größte Einkommensverlust nach dem Tod des Ehepartners tritt bei Hinterbliebenen ohne eigenes Einkommen ein. Schon durch einen kleinen Beitrag des Hinterbliebenen zum Netto-Haushaltseinkommen vor dem Eintritt des Todes sinkt der Einkommensverlust erheblich ab. Die OECD Äquivalenzskala, die Ersparnisse durch gemeinsame Haushaltsführung berücksichtigt, beträgt 0.7 für den Einpersonenhaushalt. Daraus lässt sich ein Einkommensverlust nach dem Tod des Ehepartners von 30 % rechtfertigen, ein Betrag, der unter allen Haushalten mit gleichem Netto-Haushaltseinkommen nur erreicht wird, wenn beide Ehepartner einen entsprechenden Beitrag zum Haushaltseinkommen leisten. Aus der Sicht des eigentlichen Schutzzwecks der Hinterbliebenenrente ist dieses Resultat bedenklich.

Eine unzureichende Versorgung der Hinterbliebenen zeigt sich auch in der inadäquaten Berücksichtigung von Fixkosten. Durch den Tod eines Ehepartners verringern sich nicht notwendigerweise alle bisher zur Aufrechterhaltung des erworbenen Lebensstandards anfallenden Kosten. Zwar halbieren sich üblicherweise die Kosten für Nahrungsmittel, Bekleidung und persönliche Bedürfnisse, jedoch bleiben die Kosten für Wohnen (Miete, Betriebskosten, Heizung, Strom,

Reparaturen) aufrecht. Gerade diese Kosten bilden bei einkommensschwachen Personen den wesentlichen Teil ihrer Ausgaben. Ersichtlich wird dies, wenn man die Nettorente des Verstorbenen nach Abzug der Kosten für Wohnung und Energie mit der Nettorente des Hinterbliebenen nach Abzug dieser Kosten, die nach dem Todesfall in derselben Höhe weiterhin anfallen, vergleicht. Die für diese Betrachtung erforderliche Schätzung der Kosten für Wohnung und Energie in Abhängigkeit des Netto-Haushaltseinkommens erfolgt auf der Grundlage der von der Statistik Austria in der Konsumerhebung 2003/04 erhobenen Daten für Pensionistenhaushalte mit Hilfe statistischer Regression. Den Hinterbliebenen in der kleinen Einkommensklasse stehen nach Abzug der Fixkosten für Wohnung und Energie weniger als die Hälfte dessen zur Verfügung, was bisher im zweiköpfigen Haushalt auf den einzelnen entfallen ist.